

Asylpolitik



Asylchaos endlich stoppen – Asylrecht konsequent umsetzen

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen immer stärker zu. Gleichzeitig gibt es immer weniger Abgrenzung zwischen Asyl- und Migrationspolitik. Dies führt dazu, dass immer mehr Wirtschaftsmigranten illegal in unser Land kommen und auf Kosten der Steuerzahler hier leben. Diese verfehlte Asylpolitik führt zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und zu grossen gesellschaftlichen Problemen. Es muss dringend gehandelt werden. Daher fordert die SVP eine klare Trennung von Asyl, Schutz und Hilfe.



Isabelle Favre
Sekretärin

“ Die Asylpolitik ist gescheitert – sogar Schweizer Mieter müssen ihre Wohnungen räumen, um Asyl-Migranten Platz zu machen. Die Mehrheit der Asylanten sind keine Flüchtlinge, sondern auf der Suche nach einem besseren Leben – meist auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Dieses Asylchaos muss endlich aufhören! ”

Wirtschaftsmigranten reisen über Asylschiene ein

Menschen, die an Leib und Leben verfolgt sind, hat die Schweiz seit jeher aufgenommen. Die humanitäre Tradition unseres Landes ist älter als jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention. Doch diese Tradition bedeutet nicht, dass wir naiv sein dürfen und offene Türen für alle haben. Es braucht klare Regeln, wer in unser Land aus welchem Grund einwandern darf. Da die Einwanderung über die Asylschiene am einfachsten ist, kommen immer mehr Wirtschaftsmigranten auf diese Weise in die Schweiz und missbrauchen unsere humanitäre Grosszügigkeit. Dies zeigt ein einfacher Blick auf die Asylstatistik: diese wird angeführt von Ländern

wie Afghanistan, Türkei, Eritrea und Algerien. Diese Leute reisen illegal mit Hilfe von Schleppern über mehrere sichere Länder in die Schweiz ein und versuchen über einen Asylstatus eine Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen. Meistens endet dieser Weg darin, dass die Steuerzahler dann den Lebensunterhalt bezahlen müssen.

Asylindustrie endlich stoppen

Wer in unserem Land ein Asylgesuch stellt, wird vom ersten Tag an staatlich unterstützt. Es steht ein Rundum-Paket zur Verfügung: gratis medizinische Versorgung, gratis Kost und Logis, gratis Anwalt. Und die Asylindustrie steht auch sofort parat: Sie betreut und zeigt auf, wie vorgegangen werden muss, damit die zeitnahe Behandlung des Asylgesuches verzögert werden kann. Findige Anwälte, deren Kosten die Steuerzahler bezahlen, ziehen die Verfahren bei Fällen, die klar aussichtslos sind, mit Rekursen unnötig lange hin.

Gemeinden am Anschlag

Die im Jahre 2015 unter der «Wir schaffen das»-Politik eingewanderten Personen belasten immer mehr die Budgets der Gemeinden. Die ersten Jahre hat der Bund die Kosten übernommen. Nach sechs Jahren sind die Gemeinden zuständig. Mit dem Familiennachzug sind Eltern, Grosseltern und Kinder gefolgt. Damit wachsen die Probleme vor Ort: Schulen brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer für sonderpädagogische Massnahmen und Dolmetscher, Sozialarbeiter und die ganze Betreuungsindustrie versuchen sich mit der Integra-



tion, die Polizei und die Gerichte werden beübt. In vielen Gemeinden führen die immer steigenden Kosten im Sozial- und Schulwesen zu Steuererhöhungen.

Asylgesetz strikt umsetzen

Wegen der Vermischung von Asyl- und Migrationspolitik wird das heutige Asylgesetz oft nicht angewendet und durchgesetzt. Dies führt zu immer mehr Missbräuchen. Die strikte Anwendung des geltenden Asylrechts würde bedeuten, dass die illegale Einreise von Personen aus sicheren Drittstaaten konsequent verfolgt wird, Asylgesuche rasch behandelt und abgewiesene Asylsuchende umgehend ausgeschafft werden. Dass dies nicht geschieht, ist Behördenversagen. Hier braucht es endlich eine klare politische Führung, die die Durchsetzung kontrolliert. Die hohe Anzahl illegaler Migranten, vor allem an der Ostgrenze der Schweiz und im Tessin, zeigt auf, dass «Schengen» und «Dublin» nicht funktionieren. Beide Abkommen sind auf europäischer Ebene reine «Papiertiger» und dämmen die illegale Migration nach Europa nicht ein. Vor diesem Hintergrund muss die Schweiz die Schweizer Grenzen wieder selber besser schützen und Migranten aus sicheren «Dublin»-Staaten umgehend zurückschicken.

Hilfe ist nicht gleichbedeutend mit Aufnahme

Unser geltendes Asylrecht ist veraltet und nicht mehr auf die Herausforderungen der heutigen globalisierten Welt ausgerichtet. Begriffe wie Hilfe und Aufnahme werden in verhängnisvollster Art und Weise vermischt. Eine wirkliche Wende ist



nur möglich, wenn diese Begriffe konsequent auseinandergehalten werden: Hilfe leisten und auch Schutz bieten ist möglich, ohne Betroffene ins eigene Land zu holen (z. B. via Resettlement-Programme) oder auf dem Asylweg einwandern zu lassen. Der Schutz und die Hilfe in der Herkunftsregion sind kostengünstiger; mit den gleichen Mitteln kann also mehr Hilfe geleistet werden. Gleichzeitig können wir so in der Schweiz Kulturkonflikte, Überfremdung, Identitätsverlust und überhaupt die Integrationsproblematik entschärfen.

Hilfe und Schutz statt Aufnahme der ganzen Welt

Ein globales Schutz- und Aufnahmeversprechen ist unmöglich einzuhalten: Hilfe und Aufnahme können und dürfen

nicht gleichgesetzt werden. Neu sind deshalb Hilfe und Schutz vom Aufenthalt in der Schweiz zu entkoppeln. Stattdessen müssen mit einer gezielten Hilfs- und Schutzpolitik Kapazitäten und Strukturen geschaffen werden, die den modernen Wanderbewegungen gerecht werden. Die Neukonzeption bedeutet auch, dass das Asylrecht für Kriegsflüchtlinge in Europa neu konzipiert werden muss. Dabei steht die Hilfe vor Ort im Zentrum.

Neuausrichtung der Schweizer Entwicklungshilfe

Auch die Schweizer Entwicklungshilfe soll vollumfänglich in den Dienst der Migrationspolitik gestellt werden. Sie muss neu

ausgerichtet werden mit dem primären Fokus, Vertriebenen in der Herkunftsregion zu helfen und allgemein Wanderbewegungen vorzubeugen. Dabei wird fallweise die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gesucht. Ausserdem wird die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern von verschiedenen Bedingungen abhängig gemacht, wie deren Bereitschaft zur Rückübernahme. Die Schweiz bietet weiterhin ihre traditionellen Guten Dienste und internationale Friedensförderung an. Ein engagierter Beitrag zum Frieden kann Migrationsbewegungen vorbeugen. Darum leistet die Schweiz weltweit konkrete Hilfe in Krisen sowie ihren Beitrag an friedliche Konfliktlösungen und Friedensbemühungen.



Standpunkte

Die SVP ...

- fordert ein Ende der linken Willkommenskultur;
- fordert eine Neukonzeption der Asylpolitik mit klarer Trennung von Asyl, Hilfe und Schutz;
- fordert, dass alle Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene die Daten von «Sans-Papiers» automatisch an die zuständigen Migrationsbehörden weiterleiten, damit Ausschaffungen konsequent durchgesetzt werden können;
- will dem Sinn und Geist des Asylgesetzes endlich wieder Nachachtung verschaffen: Nur wer in seinem Heimatstaat aus politischen Gründen verfolgt wird, darf Asyl erhalten. Asyltouristen, Armutsmigranten und Wirtschaftsmigranten sind konsequent zurückzuschicken, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann.

Dazu braucht es folgende konkrete Massnahmen:

- Um die Attraktivität der Schweiz als Asyldestination zu mindern, sind die Unterstützungsleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge spürbar zu senken;
- Abgewiesene Asylbewerber sollen nur noch das Lebensnotwendige erhalten;
- Asylsuchende, «Sans-Papiers» und vorläufig Aufgenommene sind in einer separaten Krankenkasse mit reduziertem Grundleistungskatalog zu versichern;
- Das «Dublin»-Abkommen muss ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden, sodass Personen aus sicheren Drittstaaten ihr Gesuch im Erstausland stellen müssen – nicht aber in der Schweiz;
- Wer seine Identität nicht nachweisen kann oder die Behörden über seine wahre Identität täuscht, ist vom Asylprozess auszuschliessen;

- Asylbewerber, die straffällig werden, sind vom Asylverfahren auszuschliessen und unverzüglich auszuschaffen;
- Flüchtlingen, die in ihr Heimatland reisen, ist das Aufenthaltsrecht in der Schweiz zu entziehen;
- Für Kriegsflüchtlinge muss die Hilfe vor Ort im Vordergrund stehen;
- Geschlossene Zentren in Transitzone, damit Asylmigranten gar nicht Schweizer Boden betreten können;
- Unterbinden von Projekten wie rechtswidrige «City Cards» oder ähnlichen «Ausweisen», welche verschiedene Städte einführen wollen, um illegalen «Sans-Papiers» über die Hintertür einen legalen Aufenthaltsstatus zu beschaffen.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Mensch die Garantie, dass die Schweiz echten Verfolgten in Europa Zuflucht bietet, getreu ihrer humanitären Tradition;
- ✓ als Steuerzahler mehr Geld im Portemonnaie durch Kosteneinsparungen im Asylwesen und den verbundenen Sozialausgaben;
- ✓ als Bürger die Gewissheit, dass sich unser Staat von Wirtschaftsmigranten nicht über den Tisch ziehen lässt;
- ✓ im Alltag mehr Sicherheit, weil sich betrunkenes Herumlungern sowie Kleinkriminalität für Asylbewerber nicht mehr lohnt und Gewaltkriminalität hart bestraft wird;
- ✓ mehr Sicherheit, weil kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden;
- ✓ eine Schweiz, die so bleibt, wie wir sie kennen und lieben.